

## Inspiration durch die Karlsruher Vollversammlung

„**Die Liebe Christi bewegt, versöhnt und eint die Welt**“. Das war das Motto der 11. Vollversammlung des Weltkirchenrats, auch Ökumenischer Rat der Kirchen genannt, vom 31. August – 8. September 2022 in Karlsruhe. Es ist klar, dass es sich bei diesem Motto nicht um eine sichtbare empirische Wahrheit handelt. Aber die Menschen aus den Kirchen der Welt, die sich in Karlsruhe versammelt und unter dieses Motto gestellt haben, hat die tiefe Überzeugung ihres christlichen Glaubens verbunden, dass es **noch** keine empirische Wahrheit ist. Sie vertrauten darauf, dass Gottes Wege mit dieser Welt nicht in die Finsternis führen, sondern in einen neuen Himmel und eine neue Erde.

Man muss sich einen Moment lang klarmachen, wie wenig selbstverständlich und wie bemerkenswert diese Haltung einer Versammlung war, an der Tausende Menschen aus aller Welt mit völlig unterschiedlichen nationalen und kulturellen Hintergründen teilnahmen. Die Abgründe, die sich in dieser Welt auftun, waren zentrales Thema bei dieser Versammlung. „Wir – die Gemeinschaft des ÖRK – leben und legen Zeugnis ab in einer Welt, die Gottes wunderbare Schöpfung ist, gleichzeitig aber durch ökologische Krisen, Gewalt, Pandemien, Systemische Armut, Rassismus, geschlechtsspezifische Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und zahlreiches weiteres Leid zerbrochen ist.“

Mit diesen Worten beginnt die Erklärung zur Einheit, die die Vollversammlung in Karlsruhe verabschiedet hat. Die Verzweiflung der Ukrainer war Thema, deren Häuser von russischen Bomben zerstört werden, der Schmerz der Mütter auf allen Seiten, die die Leichen ihrer in diesem Krieg getöteten Söhne in Empfang nehmen. Das Leid all der Menschen in den vielen anderen Kriegen auf dieser Welt, das so oft von der Weltöffentlichkeit unbeachtet bleibt. Es war der Hunger auf der Welt Thema, der so viele Menschen täglich das Leben kostet. Der Klimawandel war Thema, der die extreme Ungerechtigkeit in der Verteilung der Ressourcen weltweit noch verschärft.

## Konsensprinzip

All diese Abgründe und viele mehr waren Thema auf der Karlsruher Vollversammlung und trotzdem sind alle, die dieses Ereignis wahrgenommen oder daran teilgenommen haben, Zeuginnen einer Versammlung geworden, bei der die Versammelten aus den völlig unterschiedlichen Heimatkontexten zu wesentlichen Zukunftsthemen der Menschheit gemeinsam Orientierungen gegeben haben, die weit mehr als Formelkompromisse waren. Dass die allermeisten Dokumente, die diese Orientierungen enthalten, im Konsens angenommen worden sind, ist in seiner Bedeutung viel zu wenig öffentlich beachtet worden. Für mich ist es immer wieder ein **ökumenisches Wunder**, wenn ich nach harten Debatten mit Menschen, die sich wegen ihrer völlig unterschiedlichen historischen und kulturellen Hintergründe eigentlich irgendwann sonst nichts mehr zu sagen haben würden, erlebe, dass wir am Ende einen Konsens finden. Das im Weltkirchenrat praktizierte Konsensprinzip kennt zwei Karten: eine blaue Karte (kalt, Widerspruch) und eine orangene Karte

(warm, Zustimmung). Wenn ich die Sitzung leite, bitte ich manchmal bei Diskussionen um einen Beschluss zwischendrin darum, die Karten zu zeigen. Wenn ich blaue Karten sehe, bekommen die Leute, die sie zeigen das Mikrophon und sollen sagen, wo ihr Problem liegt. Alle hören zu. Und zwar nicht nur, um dem Formalprinzip zu genügen, sondern weil sie wirklich wissen wollen, warum die anderen nicht zustimmen können. Es ist nicht nur ein Entscheidungsverfahren, sondern eine Kultur. Manchmal gehen wir in mehreren Runden hin und her. Das ökumenische Wunder ist, dass ich als Leiter der Versammlung ich bei unseren Sitzungen am Ende fast immer nur noch orange Karten sehe.

Natürlich birgt dieses Verfahren auch Gefahren, die, insbesondere nach dem hierzulande so umstrittenen Beschluss des Zentralausschusses von Johannesburg im Juli 2025 auch angesprochen worden sind. Trauen sich wirklich alle, ihren Widerspruch zu äußern? Bedarf es nicht viel zu viel Mut, um nach langen Diskussionen am Ende doch auch bei der Abschlussfrage noch die blaue Karte zu heben? Im persönlichen Gespräch haben mir viel mehr Delegierte ihren Zweifel an der Verwendung des Apartheid-Begriffes zum Ausdruck gebracht als das im Plenum zum Ausdruck gekommen ist.

Darüber, wie der freie Austausch unter den Bedingungen des Konsensprinzips gegenüber allem Gruppendruck sichergestellt werden kann, wird nachzudenken sein.

## Klare Haltung gegenüber dem Missbrauch von Religion

Aus meiner Sicht gehört zu den größten Herausforderungen für die Weltkirche heute der Missbrauch von Religion, die Instrumentalisierung für die Legitimation einer Politik, die den Grundorientierungen des christlichen Glaubens diametral entgegensteht.

Im Falle Russlands bedient sich der Präsident christlicher Rhetorik, um einen Angriffskrieg gegen sein Nachbarland Ukraine zu legitimieren, der Hunderttausende Opfer gefordert hat, darunter viele Zivilisten. Die Bombardierung der Energieinfrastruktur in einem der kältesten Winter der letzten Jahrzehnte diente dazu, den Willen des ukrainischen Volkes zu brechen, und richtete sich bewusst gegen die Zivilbevölkerung. Ich bin überzeugt, dass internationale Rechtsinstitutionen zu dem Schluss kommen werden, dass es sich hierbei um ein Kriegsverbrechen handelt.

Eine Erklärung des Weltrates der russischen Völker unter dem Vorsitz des Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche vom 28. März 2024 war die schwerwiegendste Herausforderung für die gesamte weltweite Kirchengemeinschaft, insbesondere auch innerhalb des Ökumenischen Rates der Kirchen.

In dem Dokument mit dem Titel „Die Gegenwart und Zukunft der russischen Welt“ heißt es:

„Während der besonderen Militäroperation verteidigt das russische Volk mit Waffen in den Händen sein Leben, seine Freiheit, seine Staatlichkeit, seine zivilisatorische, religiöse, nationale und kulturelle Identität sowie sein Recht, auf seinem eigenen Land innerhalb der Grenzen eines einzigen russischen Staates zu leben. Aus

spiritueller und moralischer Sicht ist eine Sonderoperation ein **heiliger Krieg**, in dem Russland und sein Volk den einzigen spirituellen Raum der Heiligen Rus verteidigen ... und die Welt vor dem Ansturm des Globalismus und dem Sieg des Westens schützen, der dem Satanismus zum Opfer gefallen ist.“

Wir haben als Weltkirchenrat klar Stellung genommen gegenüber dieser unerträglichen Pervertierung christlicher Überzeugungen.

Das Gleiche gilt für die Situation in den USA, wo der derzeitige Präsident nicht nur Einwanderer verfolgt, Entwicklungsagenturen schließt, die vielen Menschen das Leben gerettet haben, und Menschen als „Tiere“ beschimpft, sondern auch eine Rückkehr zu fossilen Energien fördert, die den kommenden Generationen eine enorme Rechnung hinterlassen wird. Unterstützt von „christlichen Nationalisten“ sabotiert er eine multilaterale Ordnung, die das Ergebnis der Erfahrungen zweier Weltkriege war. Er zeigt nicht nur ausgiebig die Bibel in seiner Hand, sondern verkauft sogar eine „Trump-Bibel“ und erzielt damit gute Gewinne.

Das von der Heritage Foundation veröffentlichte „Projekt 2025“, das als Blaupause für die Umwandlung der Vereinigten Staaten in einen autoritären Staat interpretiert werden kann, missbraucht sogar Dietrich Bonhoeffer für Trumps autoritäre Ideen, deren Umsetzung wir derzeit erleben. In diesem Dokument, das von vielen einflussreichen konservativen Institutionen unterstützt wird, wird Dietrich Bonhoeffer an prominenter Stelle (S. 11) im Vorwort zitiert und seine theologische Idee der „billigen Gnade“ missbraucht, um den Schutz von Flüchtlingen und die Sorge um die Umwelt zu diskreditieren.

„Der Aktivismus für offene Grenzen ist ein klassisches Beispiel für das, was der deutsche Theologe Dietrich Bonhoeffer als ‚billige Gnade‘ bezeichnet hat – die öffentliche Förderung der eigenen Tugend, ohne persönliche Unannehmlichkeiten zu riskieren. Tatsächlich ist die einzige direkte Auswirkung offener Grenzen auf die Eliten, die sich für offene Grenzen einsetzen, dass der ständige Zustrom illegaler Einwanderer die Löhne ihrer Haushälterinnen, Gärtner und Busfahrer drückt. ‚Billige Gnade‘ beschreibt treffend die Liebesbeziehung der Linken zum Umwelt-Extremismus. Diejenigen, die am meisten unter den Maßnahmen leiden, die der Umweltschutz von uns verlangt, sind die Alten, Armen und Schwachen. Es handelt sich nicht um eine politische Sache, sondern um eine Pseudoreligion, die das rücksichtslose Streben der Liberalen nach absoluter Macht mit dem Weihwasser der Umwelt-Tugend taufen soll.“

Obwohl diese völligen Verzerrungen der Botschaft der Liebe, sogar der Feindesliebe, des Predigers der Bergpredigt offensichtlich sind, scheint die politische Instrumentalisierung des Christentums sehr erfolgreich zu sein.

Deshalb ist ein globales Erwachen zum Schutz des kostbaren Erbes des christlichen Glaubens notwendig, das dessen skrupellose politische Instrumentalisierung durch die autoritären Führer unserer Zeit in Frage stellt. Ich habe dieses Thema immer wieder in meinen Ansprachen vor dem Exekutivausschuss und dem Zentralausschuss angesprochen. Aus meiner Sicht ist es eine der großen Aufgaben der Weltkirche, hier gegenzusteuern und solche Instrumentalisierungen zu entlarven.

# Ökumene des Herzens als Christuszeugnis

Der programmatische Begriff, der die ökumenische Vision in der kommenden Zeit bis zur nächsten Vollversammlung prägen soll, ist die „Ökumene des Herzens“, von der im 2022 in Karlsruhe verabschiedeten Einheitsdokument die Rede ist. Wenn richtig ist, was, insbesondere im Johannesevangelium und in den Johannesbriefen immer wieder betont wird, dass nämlich Gott die Liebe ist und deswegen der Glaube an Gott und das Bekenntnis zu Christus untrennbar mit der Liebe verknüpft ist, dann kann der Glaube gar nicht anders als uns hin zur Einheit zu führen:

„20. Die Suche nach Einheit, die von Liebe inspiriert und in einer tiefen und gegenseitigen Beziehung verwurzelt ist, kann als eine **„Ökumene des Herzens“** bezeichnet werden. Es ist die christusgleiche Liebe, die uns dazu bewegt, wichtig zu nehmen, was der andere aufrichtig glaubt, will und tut, und was uns in die Lage versetzen wird, ehrlich und ernsthaft nebeneinander herzuzugehen, zu versuchen, die Welt mit den Augen anderer zu sehen, Mitgefühl füreinander zu haben und Vertrauen aufzubauen, das so ein wichtiger Teil unserer ökumenischen Reise ist.“

Die „Ökumene des Herzens“ ist weit mehr als ein Modell für die Einheit der Kirche. Sie ist ein an der Lebenswelt ansetzendes Programmwort für einen Ökumene-Ansatz, der die institutionellen Schritte zur Einheit der Kirchen konsequent von der in den Gläubigen sichtbar und spürbar werdenden Liebe Christi und der daraus erwachsenden Gemeinschaft herdenkt.

## Israel-Palästina

### Vorgeschichte

Bei der Vollversammlung des Weltkirchenrats in Karlsruhe 2022 hatte es eine heftige Diskussion um den Apartheidbegriff gegeben. Gerade die deutschen Kirchen hatten sich gegen eine von südafrikanischen Kirchen initiierte Resolution gewehrt, die den Apartheid-Begriff auf die Situation der Palästinenser beziehen wollte. Vermutlich waren es auch die eindringlichen Einsprüche der gastgebenden Kirche in Deutschland, die zu einer Vertagung der Entscheidung geführt haben. Die Vollversammlung erteilte am Ende einen Prüfauftrag im Blick auf die Stichhaltigkeit der Apartheid-Vorwürfe an Israel, die Amnesty international und andere Menschenrechtsorganisationen erhoben hatten.

Dann kam der 7. Oktober 2023. Die öffentliche Diskussion konzentrierte sich zunehmend auf die extrem brutalen Morde der Hamas und die harte, ja zunehmend als brutal und unverhältnismäßig empfundene Reaktion der Netanjahu-Regierung. Die Diskussion wurde immer emotionaler, auch deswegen, weil der mit dem militärischen Geschehen verbundene Informationskrieg und der Ausschluss von ausländischen Journalisten aus dem Gazastreifen die differenzierte Wahrnehmung der Situation immer mehr erschwerte.

Auch der Weltkirchenrat hat sich immer wieder geäußert. Ich will einige der Äußerungen des mehrmals im Jahr tagenden Exekutivausschusses, dem ich ebenso

wie dem nur alle zwei Jahre tagenden Zentralausschuss vorsitze, hier wiedergeben. Um die Erklärung des Zentralausschusses von Johannesburg in den Kontext zu stellen, ist das unabdingbar

In der ersten Sitzung des Exekutivausschusses, 6 Wochen nach dem Hamas-Anschlag, erklärten wir bei unserer Sitzung in Abuja/Nigeria Folgendes:

“Der Ökumenische Rat der Kirchen ist wie die internationale Gemeinschaft schockiert und empört über die brutalen Terrorangriffe militanter Mitglieder der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Wir verurteilen die Angriffe auf die Zivilbevölkerung, die Ermordung so vieler unschuldiger Kinder, Frauen und Männer sowie die Geiselnahmen und den Missbrauch von Zivilistinnen und Zivilisten als menschliche Schutzschilde. Unter Berücksichtigung der aktuellen Situation im Gazastreifen, der von der israelischen Armee angegriffen wird, sind der ÖRK und die Kirchen in der Region entsetzt über Israels unverhältnismäßige Vergeltungsaktionen, die wir verurteilen...”

Der Exekutivausschuss

“fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung und sichere Rückkehr aller Geiseln.” Er “betont vor dem Hintergrund der aktuellen Gewalt seine tiefe Sorge über die ausufernden hasserfüllten Taten und die Manifestationen von Antisemitismus und Hass der arabischen und muslimischen Bevölkerung in der Region und weltweit. Im Lichte der Angriffe auf Jüdinnen und Juden überall auf der Welt, die in ungerechtfertigter Weise für die Handlungen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden, wiederholen wir die vor einem Jahr vom Exekutivausschuss ausgesprochene Anerkennung, dass „die Angst der jüdischen Menschen in der Welt legitim ist, dass der Weg von antisemitischen Einstellungen und Hetze zu Völkermord ein sehr kurzer ist.“ Dies gilt auch für die Bekräftigung „der kategorischen Verurteilung von Antisemitismus als Sünde wider Gott und die Menschheit durch die ÖRK-Gründungsvollversammlung in Amsterdam.“

Da in der Diskussion um den Johannesburger Beschluss bei Manchen der Eindruck entstanden ist, der ÖRK verurteile die Hamas-Morde nicht angemessen, sei auch noch die Erklärung des ÖRK-Exekutivausschusses von Bogota vom Juni 2024 zitiert:

„Die Missachtung des Völkerrechts spiegelt sich auch in der Art der Hamas-Angriffe vom 7. Oktober 2023 wider, die auf Berichten über "extremste und unmenschliche Formen des Tötens, der Folter und anderer Gräueltaten, einschließlich sexueller Gewalt" sowie auf Fällen sexueller Gewalt durch israelische Behörden gegen palästinensische Gefangene im Westjordanland beruhen. Vor dem Hintergrund dieser anhaltenden und unkontrollierten Gewalt und Ungerechtigkeit bekräftigen wir die Besorgnis, die wir auf unserer Tagung im November 2023 über die Zunahme von Hassakten gegen Juden, Araber und Muslime in der ganzen Welt zum Ausdruck gebracht haben. Wir verurteilen alle Angriffe auf Juden, die fälschlicherweise für die Handlungen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden.“

Zugleich macht die Erklärung mit eindringlichen Worten das Unrecht deutlich, das an den Palästinensern geschieht:

„Trotz internationaler Aufrufe zu einem sofortigen Waffenstillstand (u. a. vom ÖRK und vielen Kirchen in aller Welt), vorläufiger Anordnungen des IGH und der Resolution 2728 (2024)[2] des UN-Sicherheitsrats hat Israel - im Namen der Niederschlagung der Hamas nach den Angriffen vom 7. Oktober 2023 - weiterhin militärische Angriffe durchgeführt, die entsetzliches Leid für die palästinensische Bevölkerung und die Gemeinden im gesamten Gazastreifen verursachen, zuletzt in Rafah, wohin so viele vertriebene Palästinenser und humanitäre Helfer in Sicherheit gebracht worden waren. Unter diesen Umständen müssen ein Waffenembargo und Wirtschaftssanktionen als Mittel in Betracht gezogen werden, um das Blutvergießen und die Zerstörung des Gazastreifens zu beenden.“

## Der Beschluss von Johannesburg

Dass diese Verurteilungen in der Erklärung von Johannesburg nicht noch einmal ausdrücklich wiederholt wurden, war ein Fehler, nicht zuletzt deswegen, weil es Anlass zu Missverständnissen gab. Da die Erklärung als Antwort auf den in Karlsruhe gegebenen Prüfauftrag formuliert war, ging sie nicht umfassend auf die Situation ein, sondern befasste sich mit den in Karlsruhe diskutierten Begriffen und ihrem Kontext. Grundlage dafür war ein Papier, das in einer mehrtägigen Klausur im September 2024 in einem Kloster am Rande Athens von einer weltweit besetzten Arbeitsgruppe verabschiedet wurde. Es hatte sich – wie in Karlsruhe in Auftrag gegeben – mit den Vorwürfen von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen gegen Israel und ihren völkerrechtlichen Grundlagen befasst.

Die Erklärung stellt die Diagnose einer von Israel den Palästinensern auferlegten „Realität der Apartheid“ in den Kontext völkerrechtlicher Grundlagen und die seit der Karlsruher Vollversammlung noch einmal deutlich zugespitzte Lage der Palästinenser in Gaza und in der Westbank. Sie spricht von möglichen Völkermordvorwürfen gegen die israelische Regierung und der notwendigen Prüfung durch die dafür zuständigen internationalen Rechtsinstitutionen. Auch von gezielten Sanktionen ist die Rede, nicht aber – und das ist ausdrücklich zu vermerken - von der Unterstützung der BDS-Bewegung. Jeder Antisemitismus wird erneut verurteilt. Und es wird ausdrücklich das Engagement im interreligiösen Dialog bekräftigt:

Wir erkennen einen klaren Unterschied zwischen dem jüdischen Volk, unseren Glaubensbrüdern und -schwestern und den Handlungen der israelischen Regierung und bekräftigen, dass der ÖRK entschieden gegen jede Form von Rassismus, einschließlich Antisemitismus, antiarabischem Rassismus und Islamfeindlichkeit, steht. Allerdings zwingen das unerträgliche Leid, das den Menschen in Gaza zugefügt wird, und die eskalierende Gewalt und Unterdrückung im Westjordanland und in Jerusalem die weltweite Gemeinschaft der Kirchen, sich klar, eindringlich und entschlossen für die Grundsätze der Gerechtigkeit nach internationalem Recht und internationaler Ethik auszusprechen.

Der Zentralausschuss fordert, dass

1. die Realität der Apartheid beim Namen genannt wird: Wir anerkennen und verurteilen das System der Apartheid, das Israel dem palästinensischen Volk auferlegt und damit das Völkerrecht und das moralische Gewissen verletzt;

2. Sanktionen und die Rechenschaftspflicht umgesetzt werden: Wir fordern Staaten, Kirchen und internationale Institutionen auf, Konsequenzen für Verstöße gegen das Völkerrecht zu ziehen, einschließlich gezielter Sanktionen, Desinvestitionen und Waffenembargos. Der Internationale Strafgerichtshof und die UN-Mechanismen, die mögliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit untersuchen, müssen umfassend unterstützt werden;
3. die Rechte und die Freiheit der Palästinenserinnen und Palästinenser bekräftigt werden: Wir verteidigen die unveräußerlichen Menschenrechte der Palästinenserinnen und Palästinenser auf Freiheit, Gerechtigkeit, Rückkehr und Selbstbestimmung. Wir fordern das Ende der Besetzung und die Aufhebung der rechtswidrigen Blockade des Gazastreifens; und dass
4. die Widerstandsfähigkeit und das Zeugnis der palästinensischen christlichen Kirchen und Gemeinschaften, die ihr Recht aufrechterhalten, auf ihrem Land zu bleiben und ihren Glauben frei zu praktizieren, unterstützt werden.

Das Papier wurde während der Sitzungstage in den verschiedenen Ausschüssen diskutiert. Die Rückmeldungen aus den Ausschüssen wurden dann vom Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten, der für die Formulierung der Statements verantwortlich ist, aufgenommen und dem Plenum vorgelegt. Schon im Programmausschuss wurden unterschiedliche Meinungen sichtbar. Etwa die Schweizer Kirchen, aber auch die EKD formulierten einen Dissens im Blick auf den Begriff „Apartheid“, der dann später auch im Plenum noch einmal laut wurde.

Es ist klar: Das ganze Papier hat eine große Wucht. Daher wusste ich, dass das Papier in Deutschland auf großen Widerspruch stoßen würde. Trotz gewichtiger von Völkerrechtlern vorgetragener Argumente halte auch ich den Apartheid-Begriff selbst nicht für hilfreich, weil es ein Trigger-Begriff ist, der starke Emotionen weckt und ein sachliches Gespräch eher erschwert.

Ähnliches gilt für den Begriff des Genozids. Emotional ist es angesichts der immer deutlicher als Kriegsverbrechen erkennbaren Aktionen der israelischen Armee gut nachvollziehbar, diesen Begriff zu gebrauchen. Die rechtlichen Hürden sind aber hoch. Aus meiner Sicht ist es sinnvoll abzuwarten, bis eine klare Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs vorliegt. Dass der israelische Genozid-Forscher Omer Bartov – eine Autorität auf seinem Gebiet – nun sagt: „Man muss es einen Genozid nennen“ hat allerdings schon jetzt ein hohes Gewicht.

Die in Athen diskutierte rechtliche Grundlage für die Verwendung des Apartheid-Begriffs ist ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs, eine sogenannte „Advisory Opinion“ vom 19. Juli 2024:

„Der Gerichtshof stellt fest, dass die Gesetzgebung und Maßnahmen Israels eine nahezu vollständige Trennung zwischen den Siedler- und palästinensischen Gemeinschaften im Westjordanland und in Ostjerusalem vorschreiben und aufrechterhalten. Aus diesem Grund ist der Gerichtshof der Ansicht, dass die Gesetzgebung und Maßnahmen Israels einen Verstoß gegen Artikel 3 des CERD darstellen.“ [Artikel 3 des CERD (Convention on Elimination of All Forms of Racial

Discrimination): „Die Vertragsstaaten verurteilen insbesondere Rassentrennung und Apartheid und verpflichten sich, alle Praktiken dieser Art in den ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Gebieten zu verhindern, zu verbieten und zu beseitigen.“<sup>1</sup>

Dieses Rechtsgutachten hat Gewicht, aber es hat für die Staaten noch keine verbindliche Qualität.

Warum habe ich das Papier insgesamt aber am Ende mitgetragen und hätte – wäre ich als Versammlungsleiter nicht vom Kartenzeigen ausgeschlossen – die orangene Karte gezeigt? Nicht leichten Herzens, sondern mit der inneren Zerrissenheit eines Menschen, der das „Nie wieder“ aus der lebenslangen Beschäftigung mit dem Holocaust und den daraus zu ziehenden Lehren verinnerlicht hat und eine große innere Nähe Jüdinnen und Juden in Deutschland empfindet. Ich habe es nicht nur in der Überzeugung mitgetragen, dass es auch in Deutschland möglich sein muss, sachlich über die Apartheid-Zuschreibung zu diskutieren. Sondern auch deswegen, weil ich all die Geschichten von der täglichen Schikane im Herzen habe, denen Palästinenser in den besetzten Gebieten ausgesetzt sind und die in den letzten Jahren noch dramatisch zugenommen hat. Aus unseren Mitgliedskirchen in Palästina erreichen uns die Berichte von immer schlimmeren Übergriffen radikaler Siedler, die sich unter den Augen der israelischen Sicherheitsbehörden in palästinensischen Dörfern einfach das Land nehmen, das sie für ihren Siedlungsbau brauchen. Minister der gegenwärtigen Regierung billigen das ausdrücklich. Und der neue amerikanische Botschafter plädiert offen für die Annexion der besetzten Gebiete. Die Knesset hat sie bereits angekündigt.

Dazu kommt der Gazakrieg, über den ich hier nichts Näheres ausführen muss.

## Der Pilgerweg für Gerechtigkeit, Versöhnung und Einheit als Zeichen für die Welt

Der „Pilgerweg für Gerechtigkeit, Versöhnung und Einheit“ ist ein Prozess, der in vielen Aktivitäten des ÖRK seinen Ausdruck findet. Die Exekutivausschusssitzungen in Abuja/Nigeria, in Bogota/Kolumbien, in Paralimni/Zypern, in Johannesburg/Südafrika können alle viele Beispiele dafür erzählen. Das gleiche wird im Juni bei der nächsten Exekutivausschusssitzung in Bethlehem der Fall sein.

Besondere Bedeutung kommt der Faith and Order-Weltkonferenz im ägyptischen Wadi al Natrun zu. „Welchen Weg nun zur sichtbaren Einheit?“ - das war das Thema. Dass darauf eine definitive Antwort gegeben werden konnte hat sicher niemand erwartet. Aber es gibt klare Signale dafür, dass der Wille zur Einheit da ist. Wir erinnern uns noch mit Dankbarkeit an die Predigt von Papst Franziskus bei seinem Besuch im Ökumenischen Zentrum in Genf im Jahr 2018, als er uns alle ermutigte, gemeinsam zu gehen, zu beten und zu arbeiten, um die Einheit zu erreichen. Wir erinnern uns an **Papst Franziskus** mit Liebe und Dankbarkeit, und der

---

<sup>1</sup> The Court observes that Israel's legislation and measures impose and serve to maintain a near-complete separation in the West Bank and East Jerusalem between the settler and Palestinian communities. For this reason, the Court considers that Israel's legislation and measures constitute a breach of Article 3 of CERD." [Article 3 of CERD: "States Parties particularly condemn racial segregation and apartheid and undertake to prevent, prohibit and eradicate all practices of this nature in territories under their jurisdiction."]

Generalsekretär und ich sind mit dieser Liebe und Dankbarkeit im Herzen zu seiner Beerdigung nach Rom gereist.

Nur wenige Wochen später fuhren wir erneut gemeinsam nach Rom - diesmal mit Freude über die Wahl des neuen Papstes Leo XIV. und einer guten Portion Neugier, was seine ersten Impulse für die Kirche und die Welt sein würden. Ich kann Ihnen sagen, dass wir mit freudiger Erwartung und Zuversicht nach Hause gefahren sind. Bei der Audienz für Kirchenführer und interreligiöse Vertreter am Morgen nach seiner Amtseinführung gab er ein klares Zeugnis über seine künftigen Prioritäten als Papst:

Als Bischof von Rom sagte er:

"Ich betrachte es als eine meiner Prioritäten, die Wiederherstellung der vollen und sichtbaren Gemeinschaft unter all denen anzustreben, die sich zum gleichen Glauben an Gott, den Vater, den Sohn und den Heiligen Geist bekennen. ... unsere Gemeinschaft ist in dem Maße verwirklicht, in dem wir uns in dem Herrn Jesus treffen. Je treuer und gehorsamer wir ihm gegenüber sind, desto mehr sind wir untereinander verbunden. Wir Christen sind also alle aufgerufen, gemeinsam zu beten und zu arbeiten, um dieses Ziel Schritt für Schritt zu erreichen, das das Werk des Heiligen Geistes ist und bleibt. "

Diese Worte, aber auch die ausführliche Begegnung, die wir gerade am 27.2.26 mit Papst Leo hatten, machen Mut. Papst Leo hat in seinen bisherigen Ansprachen sehr deutlich gemacht, dass er diese Einheit nicht als eine rein innere, geistliche Einheit versteht, sondern als eine, die danach strebt, in der Welt sichtbar zu werden, z.B. indem sie eine Kraft des Friedens in einer Welt voller Ungerechtigkeit und Gewalt wird.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine Aktivität lenken, die auf kraftvolle Weise die beiden Dimensionen der Einheit verbindet, die ich erwähnt habe: die geistliche und die moralisch-ethische - man könnte auch sagen - weltliche. Ich nenne sie den "Assisi-Prozess". Und er verbindet das spirituelle Thema, Gott, den Schöpfer, für die Schönheit der Schöpfung zu loben, mit dem moralisch-ethischen Thema, wie wir auf die fortschreitende Zerstörung der nichtmenschlichen Natur durch den Menschen reagieren sollen.

## Der Assisi-Prozess für ein Fest der Schöpfung im Kirchenjahr

Am 15. und 16. März 2024 fand in Assisi ein inspirierendes ökumenisches Treffen statt. Vertreterinnen und Vertreter verschiedener weltweiter Kirchenfamilien kamen zusammen, um über die Möglichkeit nachzudenken, den 1700. Jahrestag von Nizäa zu würdigen, indem sie einen Prozess zur Einführung eines neuen ökumenischen Festes im Kirchenjahr einleiteten, das Gott den Schöpfer mit einem Fest der Schöpfung feiern soll. Damit würde der ursprünglich vom Ökumenischen Patriarchen initiierte Impuls der orthodoxen Welt aufgegriffen, eine auf den 1. September konzentrierte Schöpfungszeit zu begehen und ihr auch im westlichen Christentum einen größeren Stellenwert einzuräumen. Der Ökumenische Patriarch Bartholomäus I. und der Erzbischof von Canterbury, Justin Welby, als Oberhaupt der anglikanischen

Gemeinschaft, richteten ermutigende Worte an die Konferenz. Der Präfekt des Dikasteriums für die Glaubenslehre, Kardinal Victor Fernandez, und ich als Moderator des ÖRK hielten theologische Vorträge zum Thema Schöpfung und unterstützten die Idee.

Die Konferenz führte zu einer anregenden Dynamik. Drei der fünf kontinentalen katholischen Bischofskonferenzen haben sie bereits unterstützt. Auf der Folgekonferenz im Mai dieses Jahres, ebenfalls in Assisi, waren so gut wie alle großen Kirchenfamilien vertreten und waren sich einig, dass der Assisi-Prozess eine vielversprechende Initiative ist und ein dauerhaftes Ergebnis des 1700-jährigen Jubiläums von Nizäa sein sollte.

Lassen Sie mich in drei Punkten zusammenfassen, warum dieser Assisi-Prozess so vielversprechend ist.

**Erstens ist er genuin spirituell.** Die biblischen Texte, insbesondere die Psalmen, die das Lob der Schöpfung zum Ausdruck bringen, sind eine wunderbare Quelle geistiger Nahrung. Die Schönheit der Schöpfung als Ausdruck der Schönheit des Gottes, an den wir alle glauben, ist eine Quelle großer Widerstandsfähigkeit in einer Welt, die mit so vielen Krisen zu kämpfen hat.

Gott ist heute gegenwärtig, durch den Schöpfer, durch Christus, durch den Heiligen Geist. Der Assisi-Prozess könnte als ein Weg, vielleicht sogar als eine Pilgerreise angesehen werden, um die Schönheit des dreifaltigen Gottes, der in Gottes Schöpfung am Werk ist, wiederzuentdecken.

**Zweitens spricht der Prozess sehr deutlich einige der größten moralischen Herausforderungen an, mit denen die Welt zu kämpfen hat.** Kaum jemand in der wissenschaftlichen Gemeinschaft debattiert mehr über die zerstörerischen Folgen des vom Menschen verursachten Klimawandels. Darauf werde ich später in diesem Bericht näher eingehen. Sie sind Symptome für eine sehr grundlegende Herausforderung. Das westliche Paradigma des Menschen, der die Natur bezwingt, der Herr über die Natur ist und nicht in Beziehung zur Natur steht, ist an sein Ende gekommen. Papst Franziskus hat in seiner Enzyklika Laudato Si und in vielen anderen Erklärungen immer wieder auf diese Herausforderung hingewiesen. Der Ökumenische Patriarch hat sie zu einer seiner obersten Prioritäten gemacht - ganz im Einklang mit dem, was der Ökumenische Rat der Kirchen seit Jahrzehnten immer wieder betont hat: Die moderne ökologische Krise hat tiefe spirituelle Wurzeln. Und sie muss mutig und mit Nachdruck angegangen werden, sowohl spirituell, moralisch als auch politisch.

Deshalb ist es von enormer Bedeutung, wenn sich nun alle großen christlichen Traditionen auf diesem Globus in diesem Assisi-Prozess zu einem Brennpunkt im Kirchenjahr zusammenschließen, in dem diese grundlegende Frage der geistlichen Orientierung angesprochen wird. Mehrere Milliarden Erdenbewohner sind Mitglieder von Kirchen und Religionsgemeinschaften, die jetzt hier präsent sind und sich auf den Assisi-Prozess eingelassen haben. Ich wüsste keine andere Gruppe von Menschen auf diesem Globus, die ein ähnliches Potential hätte, die globale geistliche Neuorientierung zu fördern, die wir so dringend brauchen!

**Drittens ist es eine wichtige Erfahrung in diesem Prozess, dass die Kirchen in all ihrer Vielfalt gemeinsam auf ein neues Fest im Kirchenjahr hinwirken**

**können.** Vielleicht kann dieser Prozess die Frucht einer "Ökumene des Herzens" sein, zu der die Karlsruher Vollversammlung aufgerufen hat. Sie bezieht die Menschen an der Basis ebenso ein wie die Verantwortlichen in der Kirchenleitung.

Wenn sich der Assisi-Prozess weiterentwickelt und sein Ziel erreicht, könnte er zu einem Meilenstein in der Geschichte der Christenheit werden. Das gegenwärtige Jahr des 1700. Jahrestages des Konzils von Nicäa ist eine optimale Gelegenheit, diesem Prozess einen entscheidenden Anstoß zu geben, indem wir uns ein Fest im Kirchenjahr vorstellen, das ein wunderbarer Ausdruck der trinitarischen Essenz wäre, die uns als Kirchen bis heute eint.

Ich sehe eine enge Verbindung zwischen dem Assisi-Prozess und unserer Absicht, auf dieser Tagung des Zentralausschusses eine ökumenische Aktionsdekade für Klimagerechtigkeit einzuleiten. Lassen Sie mich das, was ich über den moralisch-ethischen Aspekt des möglichen Festes der Schöpfung gesagt habe, noch vertiefen.

## Ökumenische Dekade für Klimagerechtigkeit

Die ursprüngliche Initiative für eine Dekade für Klimagerechtigkeit ging von der Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe 2022 aus, die dieses Jahrzehnt ins Leben rief und dem Zentralausschuss den Auftrag erteilte, es zu starten. In ihrem Dokument „Der lebendige Planet: Auf der Suche nach einer gerechten und nachhaltigen Weltgemeinschaft“ forderte die Vollversammlung als eine der Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise die „Ausrufung einer ökumenischen Dekade der Umkehr und des Handelns für einen gerechten und blühenden Planeten“.<sup>[1]</sup>

Als der Zentralausschuss die Dekade in einer Plenarsitzung ins Leben rief, war klar geworden, dass das Zeitfenster für eine verantwortungsvolle Reaktion auf die zunehmende Klimakrise sich schließt. Es bestand ein klares Bewusstsein dafür, dass die nächsten zehn Jahre darüber entscheiden werden, ob die zerstörerischen Folgen des Klimawandels auf einem erträglichen Niveau gehalten werden können.

Die Vollversammlung hatte auch die Ereignisse des vergangenen Jahres berücksichtigt, die auf traurige Weise bestätigt hatten, dass viele Stimmen der Vergangenheit, die uns vor unsichtbaren bevorstehenden Naturkatastrophen gewarnt hatten, Recht behalten hatten. Riesige Waldbrände in Kanada, Kalifornien und Griechenland, massive Überschwemmungen in Osteuropa, Pakistan, Bangladesch und Nepal sowie verheerende Stürme in Asien und der Karibik sprachen eine klare Sprache und kosteten nicht nur viele Menschenleben, sondern auch enorme Geldsummen.

Die hohen Kosten der globalen Erwärmung hatten zunehmend auch den globalen Norden erreicht. Am stärksten betroffen waren jedoch die Menschen im globalen Süden. Diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, sind seine ersten Opfer. Ihre Stimmen spielten eine zentrale Rolle in der Plenarsitzung, mit der das Jahrzehnt eingeläutet wurde.

Daher wurde bei der Eröffnung betont, dass „die Klimakrise nicht nur ein Umweltproblem ist – sie ist eine spirituelle Krise und ein Moment des Evangeliums, der in unserem Glauben verwurzelt ist. Dies ist ein Kairos-Moment – ein entscheidender Zeitpunkt, an dem die Welt zwischen Leben und Tod wählen muss (Deuteronomium 30,19). Die Opfer des Klimawandels sind das neue Gesicht der

Armen, der Witwen und der Fremden, die Gott besonders liebt und beschützt. Ihre Schreie nach Gerechtigkeit hallen durch die Heilige Schrift und rufen uns zu ökologischer Metanoia und prophetischem Zeugnis auf.“

Die Ökumenische Dekade der Klimagerechtigkeit (2025-2034) „stellt ein beispielloses Engagement der weltweiten Kirche dar – eine mutige und von Gebeten begleitete Antwort auf die Klimakrise. Aufbauend auf vier Jahrzehnten des Engagements des ÖRK für den Klimaschutz ruft diese Dekade die Kirchen dazu auf, über individuelle Maßnahmen hinauszugehen und eine systemische Transformation anzustreben ...“

Sechs Wege zur Klimagerechtigkeit werden beschrieben:

- Transformation von Theologie und Gottesdienst, d. h. die Bemühung, „die Theologie neu zu gestalten, um die Sorge um die Schöpfung als zentrales Element des christlichen Glaubens durch Ökotheologien und die Schöpfungszeit widerzuspiegeln“.
- Förderung einer ganzheitlichen Analyse, d. h. Kirchen dabei zu helfen, zu verstehen, wie das Klima mit Geschlecht, Rasse, Wirtschaft und Kolonialismus zusammenhängt
- Ausstattung von Glaubensgemeinschaften durch die Bereitstellung „praktischer Toolkits zur Klimagerechtigkeit, die Ausbildung von „Klimaseelsorgern“ und das Angebot von Schulungsprogrammen“
- Mobilisierung kollektiver Maßnahmen durch den Aufbau von „Dynamik durch globale Fastenaktionen für Klimagerechtigkeit, Klimapilgerreisen und interreligiöse Kampagnen“
- Eintreten für systemische Veränderungen, z. B. durch die Kampagne für einen Vertrag zur Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe, durch die Unterstützung von Klimaklagen und das Vorantreiben der Anerkennung von Ökozid
- Investitionen in basisdemokratische Lösungen durch die Finanzierung von Projekten für erneuerbare Energien, die Unterstützung von Schutzmaßnahmen unter indigener Führung und die Einrichtung von Solidaritätsfonds.

Ich habe bereits auf den wichtigen Beitrag hingewiesen, den indigene Stimmen zur Einleitung des Jahrzehnts geleistet haben. Diesen Stimmen Gehör zu schenken, wird ein wichtiger Teil der Arbeit des Jahrzehnts sein.

Die biblische Option für die Armen stellt die Kirchen an die Seite derjenigen, die besonders schutzbedürftig sind und unter Ungerechtigkeit leiden. Der Segen Jesu für diejenigen, die Gerechtigkeit suchen, verspricht Rückenwind für diejenigen, die die Aufgabe übernehmen, „Botschafter der Versöhnung“ zu sein. Dazu gehört die ganz konkrete Aufgabe, Botschafter der Geschichten derjenigen zu sein, die grundlegend unter dem Klimawandel leiden, gegenüber den Machthabern dieser Welt, die die Entscheidungen treffen, die dieses Leiden verursachen.

## Kolonialismus

Im Mai haben wir auf einer Konferenz in Berlin den 140. Jahrestag der „Berliner Konferenz“ von 1884/85 begangen. Auf dieser Konferenz wurde Afrika unter den großen europäischen Kolonialmächten aufgeteilt. Es ist offensichtlich, dass die willkürliche Ziehung von Linien auf der Landkarte, um zukünftige Grenzen zu markieren, die bis heute in den geraden Grenzlinien auf unseren Landkarten sichtbar

sind, bis heute eine Quelle von Konflikten ist. Die Grenzen wurden ausschließlich nach den Machtinteressen der Kolonialmächte und ihrer wirtschaftlichen Gier gezogen. Kein Afrikaner saß mit am Tisch. Die Kolonialmächte waren im Sinne der Definition von Sünde durch Martin Luther „in sich selbst verkrümmt“. Der Eurozentrismus der Kolonialisten hinderte die europäischen Mächte daran, diejenigen, deren Land sie nahmen, überhaupt wahrzunehmen, geschweige denn sie als Mitmenschen zu behandeln. Diese Sünde hat zu gewaltsamer Besetzung, Demütigung und Ermordung so vieler Menschen geführt.

Metanoia bedeutet heute, die Ungerechtigkeit des Kolonialismus zu verstehen, zu erkennen, wie er auch heute noch für systemische Ungerechtigkeiten verantwortlich ist, und Strategien zu entwickeln und umzusetzen, um solche Ungerechtigkeiten zu überwinden.

An vielen Stellen in der Arbeit des ÖRK wird das thematisiert.

## Globale Kirche in einer globalen Welt

Es gibt wohl keine Institution, in der die Verwurzelung in lokalen Gemeinschaften bei gleichzeitigem universalem Horizont so zur DNA gehört, wie das bei der Kirche der Fall ist.

Es ist die konkrete Erfahrung von Leben in Fülle in Beziehungen vor Ort, verbunden mit einem Sinn für universelle Geschwisterlichkeit, die mich glauben lässt, dass die Kirche eine entscheidende Rolle bei der Heilung der Welt spielt. Diese Verwurzelung in lokalen Gemeinden in der ganzen Welt und die gleichzeitige Universalität im wahrsten Sinne des Wortes machen die Kirche zu einem idealen Akteur einer globalen Zivilgesellschaft.

Es ist daher eine der wichtigsten öffentlichen Aufgaben der Kirche heute, die Augen für das Leid der Menschen in der Ferne zu öffnen. Wenn der Hunger und die Zahl der Menschen, die infolge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs nach der Corona-Pandemie, als Konsequenz der Verteuerung der Nahrungsmittel durch den Ukrainekrieg und infolge des Klimawandels sterben, zunehmen, ist es die Aufgabe der Kirchen, die Aufmerksamkeit auf diese Situation zu lenken und für globale Solidarität einzutreten. Wenn die biblisch-theologische Annahme stimmt, dass jeder Mensch nach dem Bilde Gottes geschaffen ist, dann ist dies kein Randthema. Es berührt den Kern der christlichen Tradition und des daraus erwachsenden Auftrags.

In der Zentrale des Weltkirchenrats in Genf arbeiten hoch engagierte Menschen, die sich jeden Tag mit vollem Herzen für die ökumenische Bewegung engagieren. Aber sie könnten nichts bewirken, wenn sie nicht den Rückhalt in einem großen Netzwerk von Menschen überall auf der Welt hätten, die die ökumenische Idee vor Ort mit ihrem Leben bezeugen und sich für sie einsetzen.

Heinrich Bedford-Strohm, Moderator des Weltkirchenrates | ÖRK

März 2026